

Das Willkommenspaket wird vorbereitet

Vor kurzem berichtete eine Berliner Tageszeitung von der Frau eines indischen Computerexperten, die erst einmal wieder in ihre Heimat zurückkehrt. Gründe: Schwierigkeiten sich im Alltag zurechtzufinden, keine Kontakte zum sozialen Umfeld. Ihr Mann, der mit Green Card hier arbeitet, bleibt erst einmal und hofft, dass sie möglichst bald wieder zurück kommt. Integration ist hier offensichtlich nicht einmal ansatzweise gelungen.

Dass mit dem künftigen Zuwanderungsgesetz Integrationskurse für jene, die neu hierher kommen, verbunden sind, ist da ganz sicher von Vorteil. Nur muss der Inhalt dieser Kurse bestimmt und vor allem in der Praxis umgesetzt werden. Dass die Gewerkschaften sich hier engagieren werden, kann nicht überraschen - das gehört sozusagen zu ihrem Kerngeschäft. Wie das in der Praxis geschehen soll, wird derzeit diskutiert. Dabei gibt es zwei Voraussetzungen. Zum einen fangen die Gewerkschaften nicht bei Null an, sie haben Erfahrung mit Integration, insbesondere in der Arbeitswelt. Zum anderen ist die Situation auch für sie

neu. Es gibt nämlich ganz verschiedene Regelungen, die mit Zuwanderung und Integration zusammenhängen und gerade erst wirksam werden.

Neu ist natürlich das Zuwanderungsgesetz selbst. Um die Aufgaben von Integration angehen zu können, muss also zunächst dafür gesorgt werden, dass das Gesetz nicht Spezialthema einiger damit befasster ExpertInnen ist. Um die MultiplikatorInnen in den Betrieben möglichst flächendeckend zu erreichen, müssen die FunktionärInnen vor Ort in die Lage versetzt werden, die Inhalte des Gesetzes weiter vermitteln zu können. Um dies zu erleichtern, hat der DGB-Bundesvorstand einen Foliensatz entwickelt, in dem die Inhalte des Gesetzes plastisch erläutert werden und der bei den Gewerkschaften inzwischen zum Einsatz kommt.

Neu sind auch die novellierte Form des Betriebsverfassungsgesetzes, das Staatsangehörigkeitsrecht und künftig das Ausländerrecht und die Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie. Zu diesen Themen bieten die

Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen wie das DGB Bildungswerk Seminare und Informationen an. Nötig ist dafür eine Abstimmung darüber, wie die Kurse inhaltlich aussehen sollen und wer was macht. Und eben diese Koordinierung hat begonnen.

Ausgehend von den Interessen der Zuwanderer erwarten diese zunächst einmal eine Hilfestellung, damit sie sich in ihrem Leben hier zurechtfinden können. Ein Mittelpunkt dieses Lebens ist die Arbeitswelt. Und hier liegt natürlich exakt die Stärke der Gewerkschaften, Orientierungshilfe bieten zu können. Das bezieht sich aber nicht nur darauf, den neu Ankommenen die Funktionsweise des Sozialstaats, Rechte und Pflichten der ArbeitnehmerInnen, Mitbestimmungsmöglichkeiten oder das Ausländerrecht zu erläutern. Parallel dazu können die Gewerkschaften ihre Mitglieder und betrieblichen InteressenvertreterInnen für die Bedürfnisse ihrer künftigen KollegInnen sensibilisieren. Da, wo eine aktive Gleichstellungspolitik in den Unternehmen betrieben wird, dürfte dies kaum Mühe machen, nur muss es geschehen, um die Integrationskurse zu ergänzen und abzurunden.

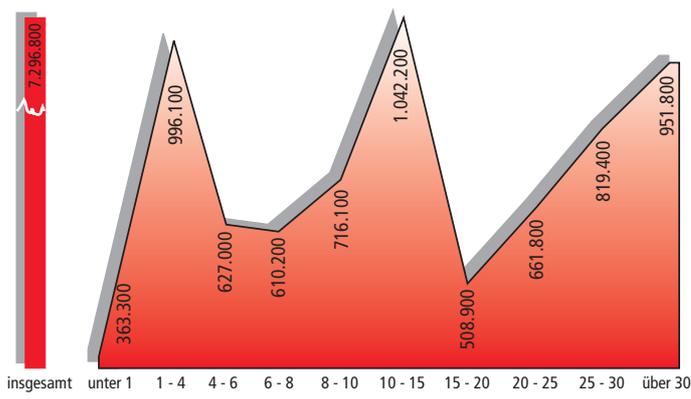
Ein spezielles Thema, das in der öffentlichen Debatte eine große Rolle spielt, sind die Sprachkurse. Allerdings geht es nicht nur um Sprachvermittlung allgemein. Nötig wären etwa auch spezielle Angebote zum Thema Sprache und Beruf. Die sind deshalb von großer Bedeutung, weil eine qualifizierte Tätigkeit die beste Voraussetzung für Integration ist. Wie solche Kurse angeboten werden können, wird derzeit noch diskutiert.

Alles in allem aber ist deutlich: Das Willkommenspaket wird vorbereitet. Und wenn die Zuwanderer kommen, wird es geschürt sein und kann überreicht werden.

ZAHLENWERK

Diese Daten aus dem Einwanderungsland Deutschland zeigen, dass das Leben mit den viel zitierten gepackten Koffern durchaus noch in vielen Köpfen der MigrantInnen stattfinden kann - Realität ist es kaum. Fast vier Millionen leben länger als zehn Jahre in Deutschland.

Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung am 31.12.2000



Bilanz und Forderungen zur Wahl

„Menschenrechte als Leitlinie der Politik“ ist der Titel des Papiers, mit dem sich das „Forum Menschenrechte“ an den neu zu wählenden Bundestag und die neue Bundesregierung wendet. Im „Forum Menschenrechte“ haben sich über 40 in der Menschenrechtsarbeit aktive Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen und begleiten seit 1994 kritisch und konstruktiv die deutsche Menschenrechtspolitik.

„Menschenrechte als Leitlinie der Politik“ ist ein Forderungskatalog, in dem 16 verschiedene Themen angesprochen werden und in konkrete Forderungen münden. Dabei wird durchaus gesehen, dass es in der Zeit der rot-grünen Koalition durchaus Fortschritte gegeben hat. So begrüßt das „Forum Menschenrechte“ im ersten Themenkomplex - „Menschenrechte zur Querschnittsaufgabe machen“ - die Tatsache, dass im Auswärtigen Amt ein Menschenrechtsbeauftragter ernannt wurde, womit das bestehende Amt des Menschenrechtsbeauftragten im Justizministerium eine Aufwertung erfahren hat. Gleichmaßen wird die Einsetzung des Menschenrechtsaus-

schusses des Deutschen Bundestages als Fortschritt bewertet. Für die kommende Legislaturperiode wird unter anderem gefordert, in allen Ministerien sowie im Kanzleramt einen Menschenrechtsbeauftragten zu benennen und diese mit größeren Kompetenzen auszustatten.

Eine andere Forderung bezieht sich darauf, Menschenrechtsabkommen - etwa die Kinderrechtskonvention - vorbehaltlos umzusetzen. Auf internationaler Ebene ermutigt das „Forum Menschenrechte“ Bundestag und Bundesregierung trotz des amerikanischen Boykotts, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) voranzubringen und das Völkerstrafgesetzbuch baldmöglichst zu verabschieden. Andere Punkte beziehen sich darauf, Frauen vor Gewalt zu schützen und die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen besser wahrzunehmen.

Insgesamt ist das Papier „Menschenrechte als Leitlinie der Politik“ ein ruhig argumentierender Forderungskatalog, der, wenn er durchgesetzt wird, die von der Bundesregierung

betriebene Menschenrechtspolitik weiter in eine positive Richtung lenken kann.

Der Text ist als Fax-Abwurf erhältlich unter: 0211/4301-601

Sozialversicherung bei Entsendung

Gleiche Rechte für Drittstaatler

Anfang Juni tagten die Arbeits- und Sozialminister der 15 EU-Staaten auf einer Ratssitzung in Luxemburg. Dabei erzielten sie unter anderem eine politische Einigung, dass die EU-Verordnung 1408/71 künftig auch für Drittstaatsangehörige gelten soll, die sich legal in einem Mitgliedsland aufhalten. Die Verordnung besagt, dass ArbeitnehmerInnen, die von ihrem Unternehmen in einen Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) entsandt werden, in der heimischen Sozialversicherung bleiben können. Dabei darf die Entsendung in der Regel 12 Monate nicht überschreiten. Einen kleinen Vorbehalt macht Deutschland, weil etwa Familienzulagen an einen Wohnsitz in Deutschland gekoppelt sind. Hier soll bis zum EU-Gipfel in Sevilla eine Lösung gefunden werden. Von der Regelung betroffen sind nach Aussagen der EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou rund 13 Millionen ArbeitnehmerInnen in der EU.

Ein Vorschlag Duszzyks: Arbeitgeber und Gewerkschaften der alten EU-Länder sollten gemeinsam ein System für Zuwanderung entwickeln, das angesichts der demografischen Probleme das Wirtschaftswachstum sichert und andererseits den Abbau des Sozialstaats verhindert. Das muss sich dann keineswegs nur auf Zuwanderung von ArbeitnehmerInnen beschränken, die die Voraussetzungen erfüllen, wie sie von Green-Card-Inhabern verlangt werden.

Das Referat steht im Fax-Abwurf bereit unter: 0211/ 4301-600

EU-Erweiterung

Diskussionen in Polen

Auf einem vom DGB Bildungswerk organisierten Treffen hat Maciej Duszzyk vom polnischen Amt für europäische Integration in einem Referat über den Diskussionsstand in Bezug auf die Osterweiterung der EU und neue Entwicklungen der Migrationspolitik berichtet.

Was das intensiv diskutierte Thema Übergangsfristen bei der Herstellung voller Arbeitnehmerfreizügigkeit angeht, sieht die polnische Seite zwar keine nachvollziehbare Begründung dafür, hat aber dem vereinbarten Kompromiss zugestimmt. Um diesen der eigenen Bevölkerung zu erläutern, hat die polnische Regierung eine Aufklärungskampagne gestartet.

Die Wanderung in die alten EU-Länder wird einerseits vom Niveau der Arbeitslosigkeit und dem Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern abhängen, aber auch vom Bedarf der bisherigen EU-Staaten an ausländischen Arbeitskräften. Das führt zu der Frage, wie die reichen Länder ihren Bedarf zu decken versuchen. Ein Punktesystem, das darauf ausgerichtet ist, nur hoch qualifizierte Arbeitnehmer ins Land zu holen, birgt aus polnischer Sicht die Gefahr eines Brain Drain, des Abzugs von Leistungsträgern in der Gesellschaft. Auf der anderen Seite stößt eine solche Strategie auch an Grenzen, da die ärmeren Länder nicht die Möglichkeit haben, auf Dauer in Ausbildung zu investieren, ohne dass diese vor Ort auch wirksam wird.

Die Themen

Seite 1

Gewerkschaften und
Zuwanderungsgesetz

Das Willkommenspaket wird vorbereitet

ZAHLENWERK

Aufenthaltsdauer der ausländischen
Bevölkerung

Seite 2

„Forum Menschenrechte“
Bilanz und Forderungen zur Wahl

EU-Erweiterung
Diskussionen in Polen

Sozialversicherung bei Entsendung
Gleiche Rechte für Drittstaatler

Seite 3

Jugendliche Aussiedler und
Jugendliche aus der Türkei
Kontaktaufnahme

Europäische Vereinigung
Türkischer Akademiker
Brücken bauen

eurostat
Aktuelle und künftige Mobilität
in der EU

Seite 4

KOMMENTAR

Gerd Nies, stellvertretender Vorsitzender
der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
Worte sind Steine

Stoibers halbe Wahrheit
562.000 Ausländer verlassen
Deutschland

Jugendliche Aussiedler und Jugendliche aus der Türkei

Kontaktaufnahme

In Deutschland leben etwa 2,3 Millionen türkischstämmige BürgerInnen und etwa 2,5 Millionen Russlanddeutsche. Aber nur 13 Prozent der MigrantInnen aus Russland fühlen sich nach eigenen Angaben in Deutschland akzeptiert. Bei den türkischstämmigen Menschen liegt der Prozentsatz noch niedriger. Die Empfindung „zu den Verlierern zu gehören“, bildet nach Einschätzung des Interkulturellen Rates einen Hintergrund für zunehmende Konflikte zwischen Jugendlichen aus beiden Migrantengruppen: „Das Gefühl in dieser Gesellschaft keinen Platz zu haben, lässt viele in Gewalt, Drogenkonsum oder die kriminelle Szene abgleiten. Auseinandersetzungen zwischen diesen MigrantInnen sind in Schulen, Stadtteilen oder öffentlichen Plätzen Alltag geworden.“ Der Interkulturelle

Rat Deutschland - ein Zusammenschluss u.a. von Einwanderer- und Menschenrechtsorganisationen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften - versucht seit einiger Zeit mit einer Kampagne dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So wurden an verschiedenen Orten im Bundesgebiet Veranstaltungen und Dialogrunden z.B. zwischen Vertretern türkischer und kurdischer Vereinigungen und Aussiedlerorganisationen initiiert.



Für den Herbst 2002 ist eine Tagung mit Jugendlichen und MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit geplant. Dazu sollen nicht nur MigrantInnen aus Russland und der Türkei, sondern auch deutsche Jugendliche eingeladen werden. Es geht um den Abbau von Vorurteilen und das Erkennen von Gemeinsamkeiten. Faruk Kocgazi, vom ebenfalls an der Kampagne beteiligten Rat der türkischstämmigen Staatsbürger in Deutschland, sagte dazu: „Die Herkunft jedes Einzelnen sollte in unserer Gesellschaft allenfalls noch so wichtig sein wie die Frage, ob man Bayern- oder Eintracht-Anhänger ist“.

Weitere Informationen:
www.interkultureller-rat.de

Europäische Vereinigung Türkischer Akademiker

Brücken bauen

„Wir sitzen nicht zwischen zwei Stühlen, sondern auf zwei Stühlen“ - so lautet ein Motto der Europäischen Vereinigung Türkischer Akademiker (EATA - European Association of Turkish Academics), die 1990 gegründet wurde. Die EATA ist ihrem Selbstverständnis nach eine unabhängige, säkulare und überparteiliche Organisation, die junge intellektuelle Türkinnen in ihrer Rolle als Vermittler zwischen Europa und der Türkei und als RepräsentantInnen der westeuropäischen Türkinnen bestärken möchte. Die allermeisten Mitglieder der EATA sind in Westeuropa geboren und/oder aufgewachsen.

In der Bildungsarbeit werden in Seminaren und Symposien Themen behandelt, die die türkische Gesellschaft in Europa betreffen, etwa Eintritt ins Berufsleben, Existenzgründung, Staatsbürgerschaft, die Rolle der Frau in der Gesellschaft.

EATA - so ihr Vorsitzender in Berlin und Brandenburg, Birol Minic - verfolgt nicht das Ziel, Massenorganisation zu

sein, sondern möchte Ideen entwickeln, Anstöße geben. Eine solche Idee war das Projekt Älterer Bruder - Ältere Schwester. Was auf den ersten Blick wie ein Tutoriensystem aussieht, ist sehr viel ausgefeilter. So bieten türkische StudentInnen oder AbiturientInnen pro Woche einen zweistündigen Förderunterricht an, in dem auf spezielle Schwächen eingegangen wird und vor allem die Bilingualität gefördert werden soll. Das ist aber nur das eine. Die StudentInnen sind auch Vorbilder für die Jüngeren, denn denen - so Minic - fehlen in ihrer Umgebung positive Rollenmodelle. Die übernehmen dann die „großen Brüder und Schwestern“. Diese haben eine bikulturelle Sozialisation erfolgreich hinter sich gebracht und können den Kleinen oft eher helfen als deren Eltern, die durch hohe berufliche Belastung und Unsicherheit, nicht wis-

sen, wie sie sich verhalten sollen, wenn ihre Kinder etwa Lebensgewohnheiten ihrer deutschen MitschülerInnen nachahmen wollen.

Dies ist nur ein Beispiel für das durchdachte Konzept, das erstmals 1992 in Nürnberg gestartet wurde. Es folgten Berlin, München und andere Städte auch in der Schweiz, Dänemark, Belgien und Österreich. EATA bietet anderen Gruppen an, das Modell zu übernehmen oder sich daran anzulehnen. Das gleiche gilt für andere Projekte.

Informationen über EATA unter: www.eata-online.net Das Projekt Älterer Bruder - Ältere Schwester kann unter Projekte angeklickt werden. Kontakte über E-Mail: info@eata-online.net

eurostat

Aktuelle und künftige Mobilität in der EU

Die jährliche Wanderung der UnionsbürgerInnen zwischen den Mitgliedstaaten der EU liegt nach Schätzungen derzeit bei 0,1 bis 0,2 Prozent der Bevölkerung. Darauf verweist die Europäische Statistikbehörde eurostat in ihrem Jahresbericht 2002. Damit liegt die geografische Mobilität trotz der Beseitigung von Hindernissen bei der Freizügigkeit unter den Daten der 50er und 60er Jahre.

Nach Einschätzung von eurostat gibt es verschiedene Gründe für die Abnahme innereuropäischer Wanderungen in den letzten drei Jahrzehnten. So konnten die südeuropäischen Regionen, die in der Nachkriegszeit unter ernsthaften ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten gelitten haben, die Lücke zu den prosperierenden Regionen deutlich verringern. Daneben hat der in den frühen 70er Jahren einsetzende strukturelle Wandel von einer arbeitsintensiven Wirtschaft mit einem hohen Bedarf an gering qualifizierten Arbeitskräften hin zu einer wissensbasierten Ökonomie aus Sicht von eurostat zu einer Abnahme der Wanderungsbewegungen geführt und gleichzeitig bewirkt, dass jene, die heute in ein anderes Mitgliedsland gehen, in der Regel über eine hohe Qualifikation verfügen.

Andere Gründe sind etwa die nach wie vor geringen Fremdsprachenkenntnisse. So sprechen 47 Prozent der EU-Europäer nur ihre Muttersprache. Ein Hinderungsgrund für Wanderung ist auch der Verlust sozialer Netzwerke.

Für die Zukunft prognostiziert eurostat allerdings ein Anwachsen der innereuropäischen Wanderungen. Begründet wird das damit, dass die Neigung und Bereitschaft, auch innerhalb des Herkunftslands umzuziehen bei jüngeren Leuten sehr viel größer ist, als im Durchschnitt. Daneben wird das wachsende Bildungsniveau und die Nachfrage nach qualifizierten Beschäftigten auf einem zunehmend integrierten Arbeitsmarkt zu mehr Migration führen.

KOMMENTAR

Gerd Nies, stellvertretender Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Worte sind Steine

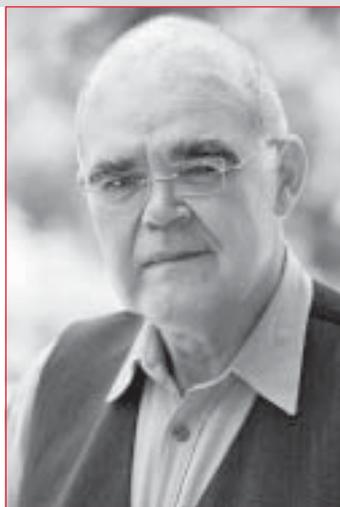
So eine Fußballweltmeisterschaft ist richtig klasse. Meistens macht das Zuschauen Freude und sie liefert viel Anlass zu mehr oder weniger ernsthaften Debatten. Aber Ende Juni ist der Spaß vorbei und in den Medien ist dann wieder viel Platz für die Veröffentlichung aus den Wahlkampfzentralen. Eine Nachricht vom Wahlparteitag der CDU hat uns schon erreicht: Für den Fall der Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes durch den Bundespräsidenten wird nicht nur der Gang nach Karlsruhe angetreten, sondern auch das Thema Zuwanderung zum Wahlkampfthema. Selbstverständlich sollen gesellschaftlich strittige Themen auch in Wahlkampfzeiten diskutiert werden. Aber ein Wahlkampfthema zu definieren ist bei dem Stand unserer politischen Auseinandersetzungskultur der Ausweis für Unsachlichkeit, schlimmer noch, für die Instrumentalisierung im Sinne parteipolitischer Interessen.

Das haben weder die betroffenen

MigrantInnen noch die deutsche Bevölkerung verdient.

Das vorliegende Zuwanderungsgesetz stellt bereits einen weitgehenden Kompromiss zwischen den Vorstellungen der Regierungskoalition und der CDU/CSU – Opposition dar. Die Gewerkschaften haben diesem Gesetz trotz Kritik in Einzelfragen zugestimmt. Denn mit dem Zuwanderungsgesetz findet tatsächlich ein Paradigmenwechsel in der deutschen Nachkriegspolitik statt. Zuwanderung als gesellschaftliche Realität wird nicht länger geleugnet, sondern politisch gestaltet. Darin liegt die Bedeutung dieses Gesetzes, dessen politische Notwendigkeit schon im Rahmen der Reformpolitik Willy Brandts vor über 30 Jahren erkannt wurde.

Der italienische Journalist Paolo Valentino schrieb mit Blick auf die deutsche Diskussion: „Politiker müssen wissen, dass Worte Steine sind.“ Das ist wahr. Wir brauchen keine realitätsfernen



Wahlkampfslogans, sondern solide Argumente und Fakten. Und wenn wir sie nüchtern zur Kenntnis nehmen, spricht alles für das Zuwanderungsgesetz. Ein erster wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Die Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien, eine Bildungspolitik, die Chancen für alle eröffnet und Integrationsangebote für hier lebende MigrantInnen.

Zuwanderungspolitik muß Teil einer Sozialpolitik für alle Bürgerinnen und Bürger sein. Teilhabe an unserer Gesellschaft ist keine ethnische, sondern eine soziale Frage. Daran werden wir die Parteien zu messen haben.

Stoibers halbe Wahrheit

562.000 Ausländer verlassen Deutschland

Auf dem CDU-Wahlparteitag äußerte sich der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Edmund Stoiber, auch zur Frage der Zuwanderung. Jährlich kämen 500.000 bis 600.000 Ausländer nach Deutschland, was die Gesellschaft „gerade noch“ bewältigen könne, erklärte Stoiber in seiner in diesen Passagen vom Redemanuskript (im Internet unter www.csu.de) stark abweichenden Ausführungen. Für den Fall der Regierungsübernahme kündigte er einen neuen Gesetzentwurf

zur Begrenzung von Zuwanderung an. Dafür - so Stoiber in seiner Rede - brauche er die Unterstützung der Bevölkerung. Hier leuchtete die Unterschriftenkampagne aus der hessischen Landtagswahl auf.

Die Grundlage von Stoibers Argument - die Zahl der Zuzüge - sind allerdings nur die halbe Wahrheit. Die ganze ist etwa in einer Pressemeldung („Bevölkerungszunahme abgeschwächt“) des Statistischen Bun-

desamtes vom 21. Oktober 2001 nachzulesen. Darin heißt es:

„Im Jahr 2000 sind 649.000 Ausländer nach Deutschland zugezogen (1999: 674.000), darunter 79.000 Asylbewerber (1999: 95.000). 562.000 Ausländer haben im Jahr 2000 Deutschland verlassen. Dies bedeutet, dass 2000 wieder mehr Ausländer zu- als weggezogen sind (86.000). 1999 gab es einen Zuwanderungsüberschuss von 118.000 Personen (1998: 33.000).“

Gefördert durch:



Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung



Impressum

Herausgeber

DGB Bildungswerk
 Vorsitzender: Günter Dickhausen
 Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
 Bereich Migration & Qualifizierung
 Hans-Böckler-Straße 39
 40476 Düsseldorf
 Tel: 0211-4301-141
 Fax: 0211-4301-134
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Verantwortlich

für den Inhalt: Leo Monz

Koordination

Klemens Büsch

Redaktion

Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz

Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb

Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise

monatlich

Bestelladresse

Der Setzkasten GmbH,
 Tel.: 0211/4080088, Fax: 0211/4080080
 E-Mail: lavista@setzkasten.de

